

# **Stadt Braunschweig**

Der Oberbürgermeister

## **Protokoll**

### **Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben**

---

**Sitzung:** Dienstag, 10.05.2022

**Ort:** Stadthalle Braunschweig - Vortragssaal, St. Leonhard 14, Zugang über "An der Stadthalle", 38102 Braunschweig,  
Videokonferenz, Webex-Meeting

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 18:15 Uhr

---

#### **Anwesend**

##### **Vorsitz**

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

##### **Mitglieder**

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Frau Kathrin Karola Viergutz - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

bis 17:51 Uhr

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

##### **weitere Mitglieder**

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Mathias Möller - FDP

bis 18:12 Uhr

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

##### **sachkundige Bürger**

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD



3	Anträge	
3.1	. Wie wirkt sich das vorübergehende Angebot des "9-EURO-Tickets" in Braunschweig aus?	22-18730
3.1.1	. Wie wirkt sich das vorübergehende Angebot des "9-EURO-Tickets" in Braunschweig aus?	22-18730-01
4	Beschluss Maßnahmen Kommunaler Aktionsplan "Braunschweig Inklusiv" (KAP)	22-18342
5	. Neufestsetzung von Ortsdurchfahrtsgrenzen auf den Kreisstraßen K 29 und K 50	22-18065
5.1	. Neufestsetzung von Ortsdurchfahrtsgrenzen auf den Kreisstraßen K 29 und K 50- Ergänzungsvorlage	22-18065-01
6	. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen	22-18433
6.1	. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen- Ergänzungsvorlage	22-18433-01
7	. Planung und Ausbau des östlichen Geh- und Radweges der Straße St. Leonhard	21-16750
8	. Salzdahlumer Straße/Jägersruh, verbesserte Querungsmöglichkeit (Ideenplattform im Beteiligungsportal "mitreden")	20-14579
9	. Ideenplattform "Übergang Neubaugebiet HDL"	22-18400
10	Anfragen	
10.1	. Träger öffentlicher Belange	22-18384
10.1.1	. Träger öffentlicher Belange	22-18384-01
10.2	. Vom Stern- zum Netzverkehr mit dem Flexo-Bus?!	22-18694
10.2.1	. Vom Stern- zum Netzverkehr mit dem Flexo-Bus?!	22-18694-01
10.3	. Umsetzung des Mobilitätskonzepts für das Nördliche Ringgebiet	22-18692
10.3.1	. Umsetzung des Mobilitätskonzepts für das Nördliche Ringgebiet	22-18692-01
10.4	. Geteilte Mobilität (Sharing) im praktischen Einsatz	22-18695
10.4.1	. Geteilte Mobilität (Sharing) im praktischen Einsatz	22-18695-01
10.5	. Neuerungen bei der Straßenausbaubeurattragssatzung	22-18696

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth informiert, dass Ratsfrau Lerche, Ratsfrau Hahn und Ratsherr Disterheft entschuldigt fehlen. Eine Vertretung erfolgt nicht.

Sie begrüßt darüber hinaus Herrn Schröder-Dickreuter (Planersocietät Mobilität, Stadt Dialog, zu TOP 2.1) sowie Herrn Esen (Referat 0660 Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung, zu TOP 2.2), Frau Keienburg (FB 50 Soziales und Gesundheit, zu TOP 4) und Frau Müller (Referat 0600 Baureferat, zu TOP 10.5).

Sie teilt weiter mit, dass den Ausschussmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

zu TOP 3.1.1: [Wie wirkt sich das vorübergehende Angebot des "9-EURO-Tickets" in Braunschweig aus?](#)

zu TOP 5.1: Neufestsetzung von Ortsdurchfahrtsgrenzen auf den Kreisstraßen K 29 und K 50- Ergänzungsvorlage

zu TOP 6.1: Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen- Ergänzungsvorlage

zu TOP 17.6: Auftragsvergabe über die vorgehängte, hinterlüftete Fassade am Neubau der 3-Feld-Sporthalle Sally-Perel-Gesamtschule für das Referat 0650 Hochbau

zu 17.7: Auftragsvergabe über Kanal- und Straßenbauarbeiten an der Kurzekampstraße für den Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr

zu 17.7.1: Auftragsvergabe über Kanal- und Straßenbauarbeiten an der Kurzekampstraße für den Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr

zu 17.8: Auftragsvergabe über Elektroinstallationsarbeiten (Stark- und Schwachstromanlagen) für den Neubau der Dreifeldsporthalle an der Sally-Perel Gesamtschule für das Referat 0650 Hochbau

zu 17.9: Auftragsvergabe über Tischlerarbeiten am Gymnasium Martino-Katharineum, Abteilung Echternstraße für den Fachbereich 65 Gebäudemanagement

zu 17.10: Auftragsvergabe über die erweiterten Rohbauarbeiten an der Grundschule Stöckheim für das Referat 0650 Hochbau

Die Vorlagen unter TOP 8 (Salzdahlumer Straße/Jägersruh, verbesserte Querungsmöglichkeit (Ideenplattform im Beteiligungsportal "mitreden")) und TOP 9 (Ideenplattform „Übergang Neubaugebiet HDL“) werden von der Verwaltung zurückgestellt und voraussichtlich in der nächsten Sitzung erneut vorgelegt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

#### 2. Mitteilungen

##### 2.1. Mobilitätsentwicklungsplan - Zwischenbericht zum Abschluss der Analysephase

22-18402

Stadtbaurat Leuer und Herr Schröder-Dickreuter stellen den Zwischenbericht zum Abschluss

der Analysephase des Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) anhand einer Präsentation vor.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schlägt vor, für die Beantwortung von Fragen der Ausschussmitglieder einen Zeitraum von etwa 30 Minuten vorzusehen. Darüber hinaus bestehende Fragen können seitens der Fraktionen schriftlich an die Verwaltung gerichtet werden. Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

Ratsherr Dr. Plinke dankt der Verwaltung für den vorgelegten Zwischenbericht und kündigt eine weitere kritische Begleitung des Prozesses an und erwartet von der Verwaltung regelmäßige Berichte. Er unterstreicht die Bedeutung der Thematik „Klimaneutralität“ für den Mobilitätsentwicklungsplan.

Weiter stellt er grundsätzlich fest, dass die Tarife für den ÖPNV in Braunschweig im Vergleich mit ähnlich großen Städten überdurchschnittlich, die Parkgebühren hingegen unterdurchschnittlich sind.

Aus Sicht von Ratsherr Dr. Plinke ist das Netz für den Kfz-Verkehr wochentäglich nur an zwei Stunden voll ausgelastet. Den überdimensionierten Verkehrsraum für Kfz sieht er daher als möglichen Spielraum für gezielte Umwidmungen bestimmter Verkehrsflächen zu geschützten Radfahrstreifen. Da 40 bis 50 Prozent der Verkehre in der Innenstadt aus der Region stammen, muss den Menschen aus dem Umland zudem ein Alternativangebot unterbreitet werden.

Stadtbaudirektor Leuer hebt die Bedeutung der Klimaneutralität hervor. Das Klimaschutzkonzept und der MEP müssen miteinander korrespondieren. Mobilität stellt für ihn einen wichtigen Baustein für den Klimaschutz dar.

Ratsherr Köster bezieht sich auf die im Vortrag geäußerte Aussage, wonach Braunschweig eine wachsende Stadt ist. Werden die Jahre 2020 und 2021 zusammen betrachtet, ergibt sich im Saldo hingegen ein Verlust von 650 Einwohner\*innen.

Er bittet um Erläuterung, wie diejenigen, die auf ein eigenes Kfz oder Sharing-Angebot angewiesen sind (z. B. ältere oder mobilitätseingeschränkte Personen) Berücksichtigung finden.

Hinsichtlich des Aspekts der Belastung der Innenstadt durch Lieferverkehre erinnert Ratsherr Köster an die Ergebnisse anderer Untersuchungen des Wirtschaftsdezernats, die im Ergebnis für viele Bereiche keine Alternativen sehen. Hierzu bittet er um Erläuterung.

Zur Einwohnerentwicklung sagt Herr Schröder Dicke eine Klärung der Datenquellen zu.

Protokollnotiz: Für die Charakterisierung der Bevölkerungsentwicklung wurde die Statistik der Stadt Braunschweig sowie die Bevölkerungsprognose von CIMA aus dem Jahr 2017 zur Analyse herangezogen. Für den kommenden Zeitraum der nächsten Jahre wird von einem kontinuierlichen Anstieg der Bevölkerung ausgegangen (Zunahme um fast 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner bis 2030). (Quelle | gemäß Basisvariante der CIMA-Bevölkerungsprognose 2017)

*Der MEP berücksichtigt grundsätzlich unterschiedliche Szenarien bei der Bevölkerungsentwicklung und stützt sich dabei auf die Basisvariante der Bevölkerungsprognose. Aus den Daten geht ein Anstieg der Bevölkerungszahl bis 2015 hervor. Im Anschluss sind je nach Szenario unterschiedliche Trends zu beobachten. Die einschlägigen Prognosen gehen von einer Fortsetzung des Trends 2015 und einer positiven Bevölkerungsentwicklung für die Zukunft aus.*

Zur Belastung durch Lieferverkehre wurden neben der eigenen Analyse durch Vorortbegehung auch Gespräche mit Fachpersonen aus Verwaltung, Wirtschaft, Expertenkreis und Öffentlichkeit geführt. Es bestehen grundsätzlich unterschiedliche Möglichkeiten, Lieferverkehre abzuwickeln. Hierzu sollen verschiedene Ideen entwickelt werden. Er versichert, dass eine

Verhinderung von Lieferverkehren nicht beabsichtigt ist.

Auch ein grundsätzliches Zurückdrängen von Kfz ist nicht beabsichtigt. Anhand der Verkehrszahlen bestehen allerdings einzelne Straßenräume, die aufgrund ihrer Belastungszahlen als überdimensioniert bezeichnet werden können. Wie mit diesen Straßenräumen umgegangen wird, ist noch zu klären.

Stadtbaudirektor Leuer stellt klar, dass ein grundsätzlicher Rückbau von Straßen nicht beabsichtigt wird. Der MEP ist für ihn zudem kein Instrument, das den Handel schädigen soll. Bei einer Belastung der Innenstadt durch Lieferverkehre stellt sich die Frage nach Optimierungspotenzialen, da dies Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität hat.

Bezogen auf die sechs Strategischen Zielfelder des MEP hebt Stadtbaudirektor Leuer die bedeutende Rolle der Inklusion („Mobilität für alle“) hervor. Mobilität gerade im ÖPNV soll so entwickelt werden, dass es für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen gut möglich ist, den ÖPNV zu nutzen und auf individuelle Verkehrsformen verzichten zu können.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg nimmt Bezug auf einen aktuellen Artikel in der Tageszeitung TAZ zur Teilnahme der Stadt Braunschweig am Modellprojekt „Gut gehen lassen“ und fragt, ob vor dem Hintergrund der zur Untersuchung vorgesehenen Stadtteile Wenden und Rautheim der Fußverkehr in der Innenstadt und den Ringgebieten bereits so optimiert ist, dass eine Beschränkung auf periphere Gebiete erfolgt.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass das Thema Fußverkehr von gesamtstädtischer Bedeutung ist. Ein Rundgang in der Innenstadt hat bereits stattgefunden. Aufbauend auf die Analyse des Modellversuchs werden Aussagen zu Planungsrahmen für den Fußverkehr im gesamten Stadtgebiet erwartet. Es darf allerdings nicht erwartet werden, dass jedes Detail des Fußverkehrs in der Stadt Braunschweig im Rahmen des MEP gelöst werden kann.

Für Ratsherr Kühn sollte der MEP im Ergebnis Schwächen abbauen aber auch bestehende Stärken erhalten. Er wünscht sich, dass beim Zielszenario Öffentlichkeit bzw. politische Gremien mitgenommen werden. Aus Sicht von Ratsherr Kühn ist zudem die möglichst frühzeitige Bekanntgabe, wie das Hauptverkehrsnetz Radverkehr einmal aussehen könnte, wesentlich.

Ratsherr Wirtz erklärt, dass viele der dargestellten Problemlagen bekannt sind. Zu der von Ratsherr Dr. Plinke angeregten Umwidmung von Verkehrsflächen wendet er ein, dass ein guter Fluss des Kfz-Verkehrs nicht gleichbedeutend sein muss mit einer Überdimensionierung von Verkehrsflächen für den Kfz-Verkehr. Diese sind dann offenbar ausreichend dimensioniert.

Zum Thema Sharing verweist Ratsherr Wirtz auf das aus seiner Sicht nur geringe Interesse der Car Sharing-Anbieter zur Erweiterung des Angebots. Die Deutsche Bahn AG beabsichtigt seiner Kenntnis nach ebenfalls keine Ausweitung des Bike Sharing-Angebots auf den Bahnhof Gliesmarode. Er fragt welche Optionen die Verwaltung sieht, eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Herr Schröder-Dickreuter berichtet über Modelle anderen Städte nach dem Prinzip der gewerblichen und privaten Nutzung (Entwicklungspartnerschaft), um den Car Sharing-Betrieb wirtschaftlich zu gestalten. Beispielhaft erläutert er hier das Modell der Stadt Flensburg.

Stadtbaudirektor Leuer ergänzt, dass bei der Fahrzeuggdichte des Fahrzeugpools unter Umständen Verbesserungspotenzial besteht. Die Verwaltung versucht eine Förderung beispielsweise bei Bauanträgen über die mögliche Ablösung von nicht nachweisbaren Einstellplätzen über sicherstellende Car Sharing-Angebote.

Ratsfrau Mundlos fragt hinsichtlich der angeführten unzureichenden Querverbindungen zwischen den Stadtteilen nach einer Optimierung des ÖPNV. Darüber hinaus bittet Sie um eine Aussage zur Möglichkeit der Einrichtung von Quartiersgaragen in den Ringgebieten.

Stadtbaudirektor Leuer bestätigt, dass das ÖPNV-Netz ein Aspekt des Mobilitätsentwicklungsplans ist. Hinsichtlich der in diesem Kontext denkbaren flexiblen Systeme macht er auf die Anfrage unter TOP 10.2 (Vom Stern- zum Netzverkehr mit dem Flexo-Bus?!; DS 22-18694) aufmerksam. Parkgaragen stellen für ihn in den dicht besiedelten Quartieren eine Herausforderung dar, da sie nur schwer integrierbar sind. Zudem ist die fußläufige Erreichbarkeit zu beachten.

An Ratsherr Dr. Plinke gerichtet stellt Ratsfrau Mundlos fest, dass es bei der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes auf die Akzeptanz ankommt. Es ist aus ihrer Sicht nicht vorstellbar, dass Innenstadtbesucher am Stadtrand parken und in den ÖPNV umsteigen. Sie sieht hierin die Gefahr der Möglichkeit einer Abwanderung nach Hannover oder Magdeburg oder den Verlust von Innenstadtkunden an den Online-Handel.

**Ergebnis:**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## 2.2. Biomassezentrum Watenbüttel - Sachstand

22-18479

Herr Weichsler führt in die Mitteilung ein und stellt den Planungsstand anhand einer Präsentation (Bestandteil der Mitteilung) vor.

Im Ergebnis erweist sich die diskontinuierliche Anlage aufgrund des individuellen Anforderungsprofils und der gegebenen Randbedingungen aus fachlicher Sicht als Vorteilsvariante. Herr Weichsler weist darauf hin, dass es sich um einen Individualbau handelt. Eine Kostenbetrachtung mit möglichen Ausführungsvarianten erfolgt im weiteren Planungsprozess. Bei Erreichen weiterer Meilensteine kündigt Herr Weichsler eine erneute Information des Gremiums an.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg begrüßt die Entscheidung, zu einer diskontinuierlichen Anlage zu wechseln und ein Biomassezentrum zu planen. Unter Verweis auf das Abfallwirtschaftskonzept bittet er um Auskunft zum Sachstand des Grüngutkonzeptes. Darüber hinaus macht er darauf aufmerksam, dass die Abfallbilanzen seit 2014 noch nicht veröffentlicht sind.

Herr Esen erklärt, dass die Verwaltung das Grüngutkonzept eng mit der Thematik der Bioabfallvergärungsanlage verknüpft. Die ALBA GmbH hat zugesagt, die Verwaltung bei der Erarbeitung der Stoffströme intensiv zu begleiten. Die Abfallbilanz 2021 wird noch im Mai 2022 öffentlich bekanntgemacht. Die öffentliche Bekanntmachung der Abfallbilanzen ist in den vergangenen Jahren regelmäßig erfolgt. Eine Überprüfung der Darstellung der Abfallbilanzen im Internetauftritt der Verwaltung sagt Herr Esen zu.

*Protokollnotiz: Die Abfallbilanzen der Jahre 2014 bis 2021 sind inzwischen auf der Homepage der Stadt Braunschweig unter [https://www.braunschweig.de/politik\\_verwaltung/fb\\_institutionen/fachbereiche\\_referate/ref\\_0660/abfallbilanzen.php](https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref_0660/abfallbilanzen.php) einsehbar. Die Abfallbilanz für das Jahr 2021 befindet sich seit Freitag, 20. Mai 2022, entsprechend der Regelungen in der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig (§ 13) im öffentlichen Aushang.*

Zur Frage von Ratsherr Tegethoff bezüglich der Finanzierung des Vorhabens verweist Stadtbaudirektor Leuer auf den Leistungsvertrag mit der ALBA GmbH und den zu leistenden Kapitaldienst. Die Verwaltung wird das Vorhaben nicht selber finanzieren.

Ratsherr Köster begrüßt, dass die diskontinuierliche Anlage als Variante 1 weiterverfolgt wird. Er bittet um Auskunft, inwieweit u.a. die Novelle der Bioabfallverordnung bedacht wird.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass das Vorhaben einer Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz bedarf, für die die neuesten Standards zu berücksichtigen sind.

Ratsherr Kühn schließt sich der Auffassung an, dass die diskontinuierliche Anlage weiterverfolgt werden soll. Hinsichtlich der vorgestellten Zeitplanung ist er der Meinung, dass insbe-

sondere im Bereich der Entwurfsplanung eine Beschleunigung möglich sein muss. Er regt an, eine Genehmigung möglichst vor Ende 2023 zu erreichen.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass eine mögliche Beschleunigung geprüft wird. Er schränkt allerdings ein, dass nicht die Verwaltung, sondern über den Leistungsvertrag die ALBA GmbH Auftraggeberin ist. Er sagt zu, diesbezüglich auf die ALBA GmbH und das beteiligte Planungsbüro zugehen und anschließend zu berichten.

### **Ergebnis:**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung von 16:50 Uhr bis 16:58 Uhr für eine Sitzungspause.

### **2.3. Mündliche Mitteilungen**

Stadtbaudirektor Leuer kündigt den Termin einer Sondersitzung des AMTA für Freitag, 3. Juni 2022, 12 Uhr. Diese nichtöffentliche Sondersitzung ist für die Beschlussfassung über Auftragsvergaben erforderlich.

### **3. Anträge**

- |                                                                                                   |                    |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| <b>3.1. Wie wirkt sich das vorübergehende Angebot des "9-EURO-Tickets" in Braunschweig aus?</b>   | <b>22-18730</b>    |
| <b>3.1.1. Wie wirkt sich das vorübergehende Angebot des "9-EURO-Tickets" in Braunschweig aus?</b> | <b>22-18730-01</b> |

Ratsherr Dr. Plinke erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN. Aufgrund nach Antragstellung bekannt gewordener Aspekte kündigt er zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17. Juni 2022 einen Änderungsantrag an.

Ratsherr Kühn bittet, bei den Erhebungen nicht nur Braunschweig, sondern auch die Region zu betrachten, um weitergehende Informationen zu erhalten. Er kündigt die Unterstützung der Fraktion Bündnis/DIE GRÜNEN für einen gemeinsamen Änderungsantrag an.

Ratsherr Köster zeigt sich irritiert über die Vorgehensweise, dass der vorliegende Antrag zur Beratung an ein nicht öffentlich tagendes Gremium weitergegeben werden soll.

### **Beschluss:**

Die Bundesregierung wird im Rahmen der Entlastungspakete Regionalisierungsmittel bereitstellen, damit die Verkehrsbetriebe im Zeitraum 1. Juni bis 31. August eine Monatskarte für den ÖPNV für 9 EURO anbieten können. Das 9-EURO-Ticket bietet die Chance, die Anreize zum Systemwechsel aufgrund von Veränderungen im Preissystem zu beobachten. Vor diesem Hintergrund möge der AMTA beschließen:

- ~~1. Die Verwaltung wird beauftragt, alle Daten auszuwerten, die für eine Analyse zur Veränderung des Mobilitätsverhaltens in den Monaten Januar bis Oktober 2022 im Vergleich zu den Vorjahren und Folgejahren herangezogen werden können. Das umfasst sowohl Daten der Verwaltung wie auch Daten der städtischen Gesellschaften (z.B. Ticketverkäufe und elektronische Fahrgastzählungen in Stadtbahnen und Bussen der BSVG und KVM, Nutzung der Parkhäuser, Fahrzeugdichte auf Basis der Verkehrssteuerung, zukünftig auch Fahrradzählstellen).~~
- ~~2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Analyse zu erstellen, die mögliche Veränderungen im Mobilitätsverhalten möglichst seit Anfang 2019 aufzeigt, insbesondere eine verstärkte ÖPNV-Nutzung und Veränderungen beim MIV, aufzeigt und die Analyse dem AMTA im 4. Quartal 2022 vorzustellen.~~
- ~~3. Die Datenerhebung und -auswertung ist zu verstetigen.~~

Der Ausschuss kommt überein, dass eine Beschlussfassung durch den Verwaltungsausschuss erfolgen soll.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 5 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**4. Beschluss Maßnahmen Kommunaler Aktionsplan "Braunschweig Inklusiv" (KAP) 22-18342**

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth begrüßt zu diesem TOP Frau Keienburg vom Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit.

Frau Keienburg führt in die Vorlage der Sozialverwaltung ein.

Ratsfrau Kluth begrüßt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN ausdrücklich den vorgelegten Aktionsplan und kündigt eine Zustimmung zur Vorlage an.

Sie sieht jedoch auch Defizite und verweist hierzu exemplarisch auf die Ausweitung der Überwachung von Parkverstößen auf Geh- und Radwegen, rollstuhlgerechte Wege und Plätze sowie konfliktarme Infrastruktur (insbes. bei Trennung von Geh- und Radwegen). Sie hebt in diesem Kontext die Erwartung hervor, dass es nicht bei der Prüfung der Einrichtung einer Expertenrunde „Mobilität“ zur barrierefreien Gestaltung öffentlicher Plätze und Räume bleibt, sondern dass dies umgesetzt wird. Für die fachliche Beratung regt sie die Einbeziehung weiterer Verbände und Vereine an.

Frau Keienburg sagt eine Aufnahme weiterer Beteiligter zu. Hinsichtlich der genannten Defizite verweist sie auf die gemäß § 12a Nds. Behindertengleichstellungsgesetz (NBBG) vorgeschriebene Fortschreibung und Evaluation des KAP.

Ratsherr Kühn verweist auf den im Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) vorgesehenen Aspekt „Mobilität für alle“. Für ihn ist es wichtig, dass sich Personen mit Handicap möglichst barrierefrei in der Stadt bewegen können. Hier sieht er an einigen Stellen im Stadtgebiet Verbesserungspotential. Aus seiner Sicht müsste im Einzelfall der Denkmalschutz kritisch hinterfragt werden.

**Beschluss:**

1. Die Maßnahmen des Kommunalen Aktionsplans Inklusion werden als zentrale Arbeitsgrundlage der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die Sachstände der laufenden Projekte sowie die Zielerreichung zu berichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt eine kontinuierliche Fortschreibung des Kommunalen Aktionsplans Inklusion sicherzustellen

**Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):**

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**5. Neufestsetzung von Ortsdurchfahrtsgrenzen auf den Kreisstraßen K 29 und K 50 22-18065**

**5.1. Neufestsetzung von Ortsdurchfahrtsgrenzen auf den Kreisstraßen K 29 und K 50- Ergänzungsvorlage 22-18065-01**

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg erläutert Stadtbaurat Leuer die sich durch die Festsetzung einer OD-Grenze ergebenden Änderungen bei den Reinigungspflichten. Aufgrund des Beschlusses des StBezR 211 erfolgte die Klarstellung durch die Verwaltung in der Ergänzungsvorlage hinsichtlich der Regelungen für das gesamte Stadtge-

bjet.

Rats herr Kühn erklärt seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-18065-01 abstimmen.

## **Beschluss:**

Der Festsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenzen auf den Kreisstraßen K 29 und K 50 in Stöckheim wird zugestimmt.

Die Festsetzung soll zum 01.07.2022 erfolgen, ist zu verfügen und zeitnah öffentlich bekannt zu machen.

## Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen 22-18433  
6.1. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen- Ergänzungsvorlage 22-18433-01

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg zu Anlage 1, Ziffer 6 (Vor der Kirche Fischerbrücke / Hahnenkamp (K77)) erläutert Frau Müller, dass es sich bei der betreffenden Fläche laut Bebauungsplan um eine öffentliche Verkehrsfläche ohne Festsetzungen handelt.

Ratsherr Kühn verdeutlicht ergänzend, dass durch die Widmung die Stadt Braunschweig Trägerin der Straßenbaulast wird und ihr damit auch die Verkehrssicherungspflicht obliegt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-18433-01 abstimmen.

## **Beschluss:**

„Die Widmungen und Teileinziehungen der Vorlage 22-18433 sind zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.“

## **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Planung und Ausbau des östlichen Geh- und Radweges der Straße St. Leonhard 21-16750

Zum Hinweis von Bürgermitglied Schroth zur künftigen Gestaltung der Protected Bike Lane stellt Stadtbaurat Leuer klar, dass es sich im Gegensatz zu der zum Vergleich herangezogenen Leonhardstraße hier nicht um eine provisorische Lösung handelt. Die Protected Bike Lane an der Straße St. Leonhard wird endgültig hergestellt.

Herr Benscheidt ergänzt, dass die in der Leonhardstraße eingesetzten Elementen verkehrsrechtlich zulässig sind. Alternativen sind zwar optisch unauffälliger, können aber nicht gesichert im Straßenraum eingesetzt werden. Er sagt allerdings eine Prüfung der von Frau Schroth angekündigten Beispiele zu.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Zustimmung zur Vorlage an. Zu der von ihm im Sinne des Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ (Maßnahme 12) angeregten komfortableren Gestaltung der Radwegverschwenkung im Knotenpunkt Schillstraße/Willy-Brandt-Platz sagt Herr Benscheidt eine Mitbetrachtung im Zuge der Planung des Bahnhofsquartiers zu.

Zu der von Ratsherr Dr. Plinke und Ratsfrau Kluth auch unter dem Gesichtspunkt der Inklusion thematisierten Hertsellung der Grundstückszufahrten führt Herr Benscheidt aus, dass in

dem betreffenden Bereich durch den begleitend verlaufenden Grünstreifen ein relativ großer Abstand zwischen Fahrbahn und Radweg besteht. Der vorhandene Höhenversatz kann somit bereits in der Breite des Grünstreifens ausgeglichen werden. So wird im Verlauf des Geh-/Radwegs selbst kein Höhenversatz vorhanden sein; Rampensteine sind damit baulich nicht erforderlich.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster verlässt um 17:51 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn regt eine Roteinfärbung des Radwegs im Kreuzungsbereich Leonhardstraße/St. Leonhard/Altewiekring an.

Stadtbaudrat Leuer sagt eine Prüfung im Kontext der laufenden Rotmarkierungen im Stadtgebiet und eine anschließende Information an den Ausschuss zu.

**Beschluss:**

„Der Planung und dem Bau des östlichen Geh- und Radweges der Straße St. Leonhard zwischen der Leonhardstraße und der Schillstraße entsprechend der Anlage wird zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. **Salzdahlumer Straße/Jägersruh, verbesserte Querungsmöglichkeit  
(Ideenplattform im Beteiligungsportal "mitreden")** 20-14579

**Beschluss:**

„Auf der Westseite der Salzdahlumer Straße südlich der Einmündung Jägersruh wird ein ca. 20 m langer und 3,20 m breiter Gehweg angelegt.“

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

9. **Ideenplattform "Übergang Neubaugebiet HDL"** 22-18400

**Beschluss:**

„Dem Anliegen aus der Ideenplattform wird nicht gefolgt, da der Umbau der Braunschweiger Straße durch den Investor vorgesehen ist.“

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

**10. Anfragen**

- 10.1. Träger öffentlicher Belange** 22-18384  
**10.1.1. Träger öffentlicher Belange** 22-18384-01

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-18384-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

- 10.2. Vom Stern- zum Netzverkehr mit dem Flexo-Bus?!** 22-18694  
**10.2.1. Vom Stern- zum Netzverkehr mit dem Flexo-Bus?!** 22-18694-01

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich die CDU-Fraktion mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-18694-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

**10.3. Umsetzung des Mobilitätskonzepts für das Nördliche Ringgebiet** 22-18692  
**10.3.1. Umsetzung des Mobilitätskonzepts für das Nördliche Ringgebiet** 22-18692-01

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-18692-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

**10.4. Geteilte Mobilität (Sharing) im praktischen Einsatz** 22-18695  
**10.4.1. Geteilte Mobilität (Sharing) im praktischen Einsatz** 22-18695-01

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich die CDU-Fraktion mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-18695-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

**10.5. Neuerungen bei der Straßenausbaubeitragssatzung** 22-18696  
**10.5.1. Neuerungen bei der Straßenausbaubeitragssatzung** 22-18696-01

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich die CDU-Fraktion mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-18696-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

**10.6. Mündliche Anfragen**

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage DS 22-18184 der SPD-Fraktion in der AMTA-Sitzung vom 15. März 2022 stellt Ratsherr Kühn folgende Nachfragen:

zu Nr. 1: Wie ist eine vorzeitige Information bzw. Beteiligung der Ausschüsse, Stadtbezirksräte und der Öffentlichkeit vor der finalen Offenlegung Ende 2022 der Hauptnetze vorgesehen? Wichtig wäre zum Beispiel, ob im neuen Radwegeplan eine möglichst weitgehende Entzerrung bzw. Trennung des Radverkehrs von den Strecken des MIV geplant wird.

zu Nr. 2: Ist das richtig, dass die politischen Ausschüsse des Rates und die Stadtbezirksräte erst nach Fertigstellung des Radwegeplanes bzw. Zielnetzes (als Teil der strategischen Hauptnetze) eingebunden werden sollen.

Ohne Kenntnis einer Entwurfsplanung ist es schwierig, konstruktive Vorschläge zu erarbeiten, die sich in eine Gesamtplanung einfügen. Wie können bzw. sollen die Ausschüsse bzw. Stadtbezirksräte und die Öffentlichkeit vor Fertigstellung des Radwegeplanes Zielnetz 2030 (und der anderen strategischen Hauptnetze) konstruktive Beiträge außerhalb der Beteiligungsstruktur des MEP einbringen?

Stadtbaudirektor Leuer führt dazu zusammenfassend aus, dass einer der nächsten Schritte in der Bearbeitung des MEP die Erarbeitung der Zukunftsszenarien sein wird. Im Rahmen der Erarbeitung dieser Zukunftsszenarien werden auch die strategischen Hauptnetze für den Radverkehr, den ÖPNV und den motorisierten Individualverkehr ganzheitlich entworfen. Wie bereits in der Drucksache erläutert, ist sowohl der Lenkungskreis – und damit die Politik – als auch der Expertenkreis – und damit auch die Verbände – während des gesamten Erarbeitungsprozesses kontinuierlich eingebunden. Beide nehmen durch ihre Rückmeldungen und Hinweise somit auch Einfluss auf die strategischen Hauptnetze. Danach wird die Öffentlichkeit beteiligt. Dies wird im Herbst erfolgen. Somit erarbeiten die beauftragten Ingenieurbüros

in einem ersten Schritt die strategischen Hauptnetze im Entwurf, diese sind damit aber nicht „fertiggestellt“, sondern dienen als Basis, um diese zu diskutieren und ggf. zu verbessern.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung von 18:00 Uhr bis 18:03 Uhr für eine Sitzungspause.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:15 Uhr.

---

gez. Kluth

Kluth  
- Vorsitz -

gez. Leuer

Leuer  
- Stadtbaurat -

gez. Ender

Ender  
- Schriftführung -